



WIE - NETT



Neues aus der Nachbarschaft

Jahrgang 2

Ausgabe Nr. 4/2014

Liebe Nachbarinnen, liebe Nachbarn,

der Umgang mit den Flüchtlingen ist ein zentrales Thema der SPD. Wir zitieren dazu aus dem "Berliner Bericht" unseres Bundestagsabgeordneter Metin Hakverdi. Das Ärgernis um die Stellplatzgebühren für die P+R – Plätze an den Bahnhöfen beschäftigt uns, mit einer Bitte an Sie: Geben Sie uns eine Rückmeldung. Das geplante Handelsabkommen TTIP wird von kompetenter Seite, Knut Fleckenstein, Abgeordneter der SPD im Europaparlament, kommentiert und kritisch hinterfragt.

Der Bericht über den letzten Planungsstand des Neubauviertels „Weidensteg“, schließt sich an. Eine dazu passende Veröffentlichung über die Ergebnisse des Arbeitskreises “Verkehr in Nettelnburg“ steht leider noch nicht zur Verfügung. Es wird eines unserer Themen für die Ausgabe 1/15 sein. Eine Mitteilung der Behörde beleuchtet den Sachstand zum Lärmschutz an der BAB 25. Zu guter Letzt stellen wir Ihnen unsere Kandidatin, Güngör Yilmaz, für die Bürgerschaftswahlen vor.

Wir wünschen Ihnen besinnliche Weihnachten, einen Guten Rutsch ins neue Jahr 2015 und viele neue Erkenntnisse.

Das Redaktionsteam

Uwe Bauer, Jochen Lützow, Reinhard Utesch

Flüchtlingsunterkünfte



Wer nach Deutschland flüchtet muss hier ohne Wenn und Aber menschenwürdig untergebracht werden. Geht das nicht, müssen wir die gesetzlichen Maßnahmen treffen, die notwendig sind, um dies zu ermöglichen.

Die Haltung der Kommunen ist eindeutig. Flüchtlingsunterkünfte sind zeitnah und rechtssicher zu planen und zu realisieren. Zeitnahe Lösungen sind nicht möglich, wenn zum Beispiel zur Genehmigung einer Flüchtlingsunterkunft das Bauplanungsrecht geändert werden muss. Deutlich wurde aber auch – und hier war die Haltung der Sozialverbände eindeutig –, dass die Erweiterung der po-

tenziellen Flächen für Flüchtlingsunterkünfte nicht dazu führen darf, dass Flüchtlinge an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Das Ziel muss sein, dass die Flüchtlinge in unsere Gesellschaft integriert und nicht ausgegrenzt werden. Auch geografisch gehören sie daher in unsere Mitte und nicht an die Ränder. Die Kommunen werden daher mit dem erweiterten planerischen Rahmen für die Genehmigung von Flüchtlingsunterkünften mit Augenmaß umgehen müssen.

Ich bin der Auffassung, dass insbesondere in Ballungszentren, wie in unserer Stadt diese Erweiterung potenzieller Flächen für Flüchtlingsunterkünfte - zeitlich befristet - richtig ist. In der aktuellen Situation mit einem ohnehin angespannten Wohnungsmarkt stehen zu wenig Wohnungen und Flächen in Wohngebieten zur Verfügung. Es ist nicht befriedigend, wenn die Behörden mit Polizeirecht Unterkünfte einrichten müssen, um drohende Obdachlosigkeit abzuwenden. Richtig ist aber auch, dass diese Ausnahmeregelungen bis Ende 2019 befristet werden. Das Gesetz soll helfen eine außergewöhnliche Herausforderung in der Flüchtlingspolitik zu bewältigen. Es soll nicht dauerhaft den Rechtsrahmen ändern.

Zitiert aus dem "Berliner Bericht " unseres Bundestagsabgeordneten Metin Hakverdi

Park + Ride-Platz am Bahnhof

Ein ganz neues Ärgernis ist am 1. August dieses Jahres durch einen Bürgerschaftsbeschluss entstanden:

Stellplatzgebühren für die Nutzung der P+R - Plätze an den Bahnhöfen des Bezirks. Unbestritten ist:

- Die Instand- und Sauberhaltung, sowie die Sicherheit kostet Geld.
- Finanzierungskosten des Baues sind sicherlich auch noch vorhanden.

Nur, diese Argumente sind nicht zielführend.

Das Ziel heißt: Mehr Menschen in die Bahnen.

Die neu eingeführte Regelung führt bei vielen Stellplatznutzern zu verändertem Verhalten:

1. Ich fahre wieder mit dem Auto zu meinem Ziel.
2. Ich stelle mein Auto auf kostenlosen Flächen in der Nähe ab.
3. Ich stelle zwar mein Auto weiterhin dort ab, aber ich zahle nicht.

Punkt 1 widerspricht massiv dem Hauptziel, mehr Menschen in die Bahnen zu bekommen.

Punkt 2 verärgert die Anwohner, die keine Möglichkeit mehr haben, vor ihrem Haus zu parken.

Punkt 3 führt zu einer Fülle von Rechtsstreitigkeiten, bis hin zu Gerichtsverfahren.

Hier sollte eher der Dienstleistungsgedanke im Vordergrund stehen, vergleichbar mit dem Angebot vieler Discounter. Sie bieten ihren Kunden freie Stellplätze, um sie anzulocken. Die Kosten dafür sind in den Preis des einzelnen Produktes einkalkuliert.

Soweit die Analyse, nun ein Kompromissvorschlag:

Wenn schon ein finanzieller Beitrag durch die Nutzer der P+R-Plätze erhoben werden soll, möge dieser in eine spezielle Fahrkarte für diesen Personenkreis eingearbeitet werden. Bei den sporadischen Nutzern, kann dann weiterhin ein moderater Beitrag erhoben werden, der nach der Nutzungsdauer in z.B. drei Zeitstufen differenziert wird. Darüber hinaus schlagen wir die Schaffung einer sog. „Brötchentaste“ (max. eine halbe Stunde frei), die Freigabe der Nutzung nach 18:00 Uhr bis 5:00 Uhr an Werktagen, sowie die freie Nutzung am Wochenende vor. Vorgesehen ist, die gegenwärtige Lösung nach einer Anlaufphase zu überprüfen. Dafür sind ihre Vorschläge hilfreich.

Reinhard Utesch

TTIP



TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) wird seit einiger Zeit öffentlich sehr kontrovers diskutiert. Und das ist auch gut so. Es hat immerhin dazu geführt, dass die EU-Regierungen dem enormen Druck nachgegeben und im Oktober das Verhandlungsmandat endlich offengelegt haben.

Wir Sozialdemokraten haben seit langem mehr Transparenz in den Verhandlungen gefordert, um eine breite, faktenbasierte Debatte zu ermöglichen.

Ich gehöre allerdings nicht zu denjenigen, die das Handelsabkommen von vornherein verdammen. Geben wir ihm eine Chance mit einer klaren Botschaft: Handel ja, aber nicht um jeden Preis. Die entscheidende Frage ist für mich, ob man sich auf eine Harmonisierung einigen kann, ohne unsere europäischen Standards über Bord zu werfen. Denn das will ich nicht und nach Umfragen die allermeisten deutschen Verbraucher auch nicht.

Die Befürworter des TTIP stellen Wachstum in Aussicht, das durch die Freihandelszone angekurbelt werden kann. Einige Schätzungen gehen von bis zu zwei Millionen neuen Jobs aus. Der Bundesverband der Deutschen Industrie hält enorme Beschäftigungs- und Wachstumseffekte für möglich. Aus ökonomischer, strategischer und geopolitischer Sicht, so die Befürworter, sei es daher wichtig, dass das Abkommen zustande kommt.

Kritisch sehe ich die umstrittenen Investorschutzklauseln (ISDS). Sie könnten dazu führen, dass außergerichtliche Konzernklagen ermöglicht würden. Aber hier haben wir Sozialdemokraten schon während der Auswahl der Kommission deutlich gemacht, dass wir eine klare Positionierung dazu verlangen. Das hat unser neuer EU-Kommissionspräsident Herr Juncker verstanden. In seiner Antrittsrede hat er sich vor dem Europäischen Parlament in Straßburg von den umstrittenen ISDS-Klauseln distanziert.

Das ist ein großer sozialdemokratischer Erfolg. Nun warten wir ab, was da kommt. Das letzte Wort hat das Parlament. Das Handelsabkommen wird keine Zustimmung finden, wenn die kritischen Punkte nicht ausgeräumt werden.

Mit den besten Grüßen, ihr Knut Fleckenstein

Planung für das neue Wohngebiet Weidensteg

Im Februar 2014 hat das Bezirksamt das Planvorhaben mit der Öffentlichkeit diskutiert.

Nun stellte das Architekturbüro Heitmann Montúfar im Stadtentwicklungsausschuss die überarbeiteten Planungen für das 5,5 Hektar große Areal vor.



Es sollen bei einer weitgehend viergeschossigen Bauweise mit Staffelgeschoss insgesamt 450 Wohnungen realisiert werden, die alle mit Aufzügen erreichbar sind. Die 14 Gebäude sollen so angeordnet werden, dass möglichst viele Wohnungen in Richtung Schleusen-graben, nach Süden bzw. zur Kampbille orientiert

werden. Die Verkehrsfläche wurde optimiert. Private Parkplätze findet man unter den Gebäuden, öffentliche entlang der Fahrbahnen. Der Entwurf wird komplettiert durch einen Kindergarten, einen öffentlichen Spielplatz und vor allem durch ein Nahversorgungszentrum im Zusammenhang mit den ehemaligen HMG-Hallen. Hier ist auch eine Gastronomienutzung mit Freisitzen Richtung Wasser vorgesehen. An der Kampbille ist ein Schulgarten geplant. Näheres wird mit der Schule Fiddigshagen abzustimmen sein. Neben Freiflächen, die direkt den Wohnungen zugeordnet sind, sollen Grünflächen für alle Bewohner angelegt werden. Ganz wichtig für die Erlebbarkeit des Raumes und für kurze sichere Verbindungen sind der Fuß- und Radweg entlang des Schleusen-grabens, sowie eine entsprechende Brücke über dieses Gewässer zur Kfz-freien Anbindung des geplanten Quartiers „Schleusen-gärten“ südlich Lehfeld.

Der aus der Neubausiedlung entstehende Verkehr wird über einen Kreislauf, ähnlich dem für das Baugebiet Glasbläserhöfe, in den Weidenbaumsweg geleitet.

Die Altlastenproblematik des Bodens - es sind hauptsächlich Hausmüll und Bauschutt sowie leichtflüchtige Chlor-Kohlenwasserstoffe (LCKW) - sind von einer Fachfirma umfassend untersucht worden.

Die positive Feststellung: Der Boden kann so saniert werden und es können technische Vorkehrungen getroffen werden, dass eine Gefährdung für die Wohnbevölkerung ausgeschlossen wird. Die Schadstofffahne im Grundwasser hat sich bis zum Nettelburger Landweg ausgeweitet. Sie ist zum Stillstand gekommen und wird durch Mikroben auch weiterhin abgebaut. Über die Giffahne, die sich in einer Tiefe von ca. 20 m befindet, wird in der nächsten Umweltausschusssitzung am 21.01.15 öffentlich um 18:00 Uhr diskutiert werden. Zurzeit werden Bebauungsplanentwurf und Verträge erarbeitet. Nach Beteiligung der politischen Gremien und der Träger öffentlicher Belange soll die zweite Phase der Bürgerbeteiligung in Form einer öffentlichen Auslegung erfolgen.

Reinhard Utesch

Unsere Abgeordneten erreichen sie unter:



Dagmar Strehlow
dagmar.strehlow@spd-
fraktion-bergedorf.de



Alexander Mohrenberg
alexander.mohrenberg@spd-
fraktion-bergedorf.de



Göngrülmar Güngör
guengoer.gylmar@spd-
fraktion-bergedorf.de

Falls eine elektronische Anfrage nicht möglich ist, bitten wir Sie im Fraktionsbüro der SPD-Bergedorf anzurufen.

Unter der Nummer 040-7219197 meldet sich der Fraktionsgeschäftsführer Michael Schütze.

Herausgeber: SPD - Distrikt Nettelburg-Wiesnerring

Verantwortlich: Uwe Bauer, Vorsitzender

Informationen zum Lärmschutz BAB 25

Die BAB 25 überquert die Straße Randersweide mit einem Brückenbauwerk. Die Kappen von dem Brückenbauwerk sind statisch vollständig ausgenutzt, so dass es im Zuge der Errichtung der Lärmschutzwände entlang der BAB 25 keine bauliche Möglichkeit gab, die Lärmschutzwand zusätzlich auf der vorhandenen Brücke zu errichten. Als Lösung für das Problem wurde eine separate stählerne Lärmschutzbrücke entworfen, die neben dem vorhandenen Brückenbauwerk über der Straße Randersweide errichtet werden soll. Die Lärmschutzbrücke wird eine ca. 4,50 m hohe Lärmschutzwand tragen, von der die oberen 3,80 m transparent sein werden. Eine ähnliche Lösung gibt es bereits an der BAB 24 in Jenfeld. Da diese aufwendige Stahlkonstruktion aus fachlichen Gründen nicht von dem Bauunternehmen für die restlichen Lärmschutzwände gebaut werden konnte, erfolgte für die Lärmschutzbrücke Randersweide eine gesonderte Ausschreibung.

Gegen die beauftragte Baufirma wurde Ende 2013 (vor Beginn der Bauarbeiten) ein Insolvenzverfahren eingeleitet. Erst Mitte 2014 konnten alle rechtlichen Randbedingungen geklärt werden, damit der LSBG die Maßnahme neu ausschreiben darf.

In den letzten Wochen sind im Fachbereich Brückenentwurf die Ausschreibungsunterlagen an die neuesten Bauvorschriften angepasst worden. Da die Bauarbeiten nicht mehr parallel zu anderen Bauarbeiten auf der BAB 25 stattfinden, sind auch neue Verkehrsphasen zu planen und die zugehörigen Verkehrsführungspläne zu erarbeiten. In diesen Tagen finden die Schlusskorrekturen statt, sodass die Baumaßnahme in wenigen Wochen erneut ausgeschrieben werden kann.

Mit Blick auf die üblichen Ausschreibungszeiträume und den Zeitbedarf des zukünftigen Auftragnehmers für die Ausführungsplanung, gehen wir nun von einem Baubeginn vor Ort im Frühjahr 2015 aus.

Mitteilung der Behörde, Fachbereich LSBG
Dagmar Strehlow

Unsere Bürgerschaftskandidatin aus Nettelnburg

GÜNGÖR YILMAZ

Am 15. Februar 2015 sind in Hamburg Bürgerschaftswahlen. Die SPD Hamburg hat ihre Kandidaten bestimmt. Zunächst die Kandidaten für die Wahlkreise und dann die der Landesliste. Unsere Bezirksabgeordnete Güngör Yilmaz gehört dazu. Sie wurde für den 43. Platz der Landesliste nominiert. Eine Bürgerschaftsabgeordnete aus Nettelnburg – das wäre doch was!



Güngör ist 53 Jahre alt. Sie hat Volkswirtschaft an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg studiert und arbeitet in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt. Mit 12 Jahren ist sie mit ihrer Familie aus Istanbul nach Deutschland gekommen. Mit ihren beiden Kindern (Alican, 23 J. und Suna 20 J.) und ihrem Mann lebt sie seit 22 Jahren in Nettelnburg. In der letzten Ausgabe von „Wie Nett“ hatten wir einen Artikel über ihren Mann

Hüseyin Yilmaz veröffentlicht, weil er vom Bundespräsidenten, Joachim Gauck, das Bundesverdienstkreuz für sein ehrenamtliches Engagement verliehen bekam.

Güngör leitet den türkischen Meneksche-Chor im Haus im Park, den sie initiiert hat. Der Chor gibt am 11. Januar 2015 nachmittags ein Konzert im Theatersaal des Haus im Park. Sie lädt alle interessierten Nachbarn und Freunde dazu ein. Bevor es mit den türkischen Klängen losgeht, gibt es einen Tee-Empfang und Gebäck um 15.00 Uhr. Eine nette Gelegenheit für interkulturelle Begegnungen. Für Fragen und Anmeldungen kann man sie gern kontaktieren: Tel. 0177 735 34 83 und

guengoer.yilmaz@hamburg.de

Auf der Landesliste Hamburg findet man Güngör auf Platz 43 und auf der Wahlkreisliste Bergedorf steht sie auf Platz 7 zur Wahl. Wir drücken ihr ganz kräftig die Daumen!

Das Redaktionsteam